

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **DM. 1.60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 270. **Dienstag, den 18. November 1902.** 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, 15. November.

Aus dem Reichstag. (Das Stimmungsbild über die Sitzung am Freitag, das wegen seines Umfangs aus räumlichen Rücksichten leider zurückgestellt werden mußte, befindet sich in der Beilage. Red.) Natürlich! Außer dem Zolltarif hat nichts für unsere Mehrheitsparteien im Allgemeinen und die Junker im Besonderen Interesse! Was lehrt die Herren das Vereins- und Versammlungsrecht, unter dessen Schilder Handhabung ja nicht sie zu leiden haben: sind es doch ihre Klassengenossen, die als Amtshauptleute, Landräthe, Amtsvorsteher usw. den Oberpolizeitrümpel schwingen! Aber auch für sogenannte Mittelstandstragen, als da sind der von Zünftlern so begehrte Befähigungsnachweis, scheint kein allzu großes Interesse bei den Herrn von und zu vorhanden zu sein. Bruder Handwerker ist gut genug für die Wahlen; im Uebrigen beschäftigt man sich lieber mit Hirschen und Wildschweinen, mit Dams, Roth- und Schwarzwild. — So kam es denn, daß das Haus recht schwach besetzt war. Aber nicht gleichmüßig. Die Bänke der Linken waren gut, die der Nationalliberalen immerhin einigermaßen, die des Zentrums schon recht schwach besetzt; auf der Rechten aber thronte der — allerdings mehrere Kollegen aufwiegende — Dr. Dertel in einsamer Höhe und im Schmuck der weißen Weste. — Seit dem 14. Oktober zum ersten Male beschäftigte sich das Haus mit Petitionen. Die damals abgebrochene Berathung der Frauenpetitionen zum Vereins- und Versammlungsrecht wurde fortgesetzt und gab noch zu sehr interessanten Ausführungen Anlaß. Die Redner unserer Partei, Stolle, Baudert, Heine, Dr. Herzfeld, Sachse, Thiele geißelten die parteiische Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts, wie sie zumal in Sachsen, den thüringischen Staaten und Mecklenburg heimisch ist; die Freiinnigen Dr. Müller-Meinungen, Köstke-Deffau, der die anhaltinische Reaktion an den Branger stellte, und Dr. Barth, der namentlich das Weimarer Goethevortragsverbot mit überlegener Ironie verspottete, pflichteten ihnen bei; die Bundesrathsvorredner Dr. Paulsen-Weimar und Fischer-Sachsen erheiterten in der Rolle gefränkter Leberwurst das Haus. — Das interessanteste Moment der Sonnabend-Sitzung war die Konstatirung der Schwänzeri der Rechten durch Barth und unseren Genossen Singer. Diese Schwänzeri brachte zunächst der Linken einen kleinen parlamentarischen Sieg, indem ein Antrag Crüger, der in weitergehender Weise als die Kommission die Frauenpetition berücksichtigt sehen will, durch die sozialdemokratischen, freisinnigen und nationalliberalen Stimmen angenommen wurde; die Mitglieder dieser Parteien waren in doppelter Anzahl gegenüber den Angehörigen aller anderen Parteien zur Stelle. Dann beantragte Singer, wegen schwacher Besetzung der Rechten, die nächste Petition betr. den Befähigungsnachweis, die doch angeblich die Herren Konserverativen so sehr interessire, von der Tagesordnung abzusetzen. Mit seinem Vorschlag widersprach Dr. Barth und bat, einen Entschluß des Hauses herbeizuführen. Sofort bezweifelte Singer die Beschlußfähigkeit. Wegen der konservativen Schwänzeri wurde also die handwerkliche Petition auf den St. Nimmerleinstag vertagt. — Die nächste Sitzung ist erst am Donnerstag. Tagesordnung: Zolltarif — natürlich!

217. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Kommissare.  
Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.  
Zunächst wird die in der 193. Sitzung abgebrochene Berathung einer großen Anzahl von Petitionen betreffend Schaffung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts fortgesetzt.  
Die Kommission beantragt theils Ueberweisung zur Berücksichtigung, theils Uebergang zur Tagesordnung.  
Dr. Crüger (FvP.) beantragt, sämtliche Petitionen zur Berücksichtigung zu überweisen.  
Sachse (SD.) führt Beschwerde über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Westfalen, Sachsen und Schlesien. Vielfach werden Versammlungen von Bergarbeiter-Zahlstellen aufgelöst, weil Frauen im Saale anwesend waren, trotzdem doch die Zahlstellen mit einem politischen Verein nichts zu thun haben. Auch werden oft Vergnügungen von politischen Vereinen und Gewerkschaften dadurch unmöglich gemacht, daß man Frauen nicht zuläßt. Vor allem ist das Zentrum bestrebt, unsere Versammlungsaen unmöglich zu machen und uns die Säle abzutreiben. Katholische Geistliche sind vielfach bemüht, die Wirthe zu veranlassen, uns ihre Säle zu entziehen. Der Wirth, der uns seinen Saal zur Verfügung gestellt hatte, wurde bonfottirt. In Bochum schrieb ein Zentrumsbblatt: „Gut ab vor den Wirthen, die den Rothhen die Säle nicht geben.“ (Hört! Hört! bei den Soz.) — Herr Trimborn hat ja am 14. Oktober hier sehr radikal für ein freies Koalitionsrecht der Arbeiter gesprochen. Ich möchte ihn ersuchen, erst einmal die Arbeitgeber seiner Partei zu veranlassen, daß sie ihren Arbeitern das Koalitionsrecht gewähren. In der letzten Zeit erst sind in

Goesfeld 500 Textilarbeiter von christlichen Fabrikanten ausgesperrt worden, weil sie dem christlichen Textilarbeiterverband beiträten. (Hört! Hört! bei den Soz.) Wir werden für den Antrag Crüger stimmen, wonach Frauen und Männer in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht die gleichen Freiheiten genießen sollen. (Bravo! bei den Soz.)  
Dasbach (Z.) polemisiert gegen den Abg. Sachse und wendet sich als alsdann gegen Behauptungen, die der Bundesrathsvollmächtigte von Sachsen-Weimar, Dr. Paulsen, am 14. Oktober d. J. aufgestellt habe. Es sei im Interesse des sozialen Friedens dringend zu wünschen, daß die unteren Polizeibehörden mit möglichst eng gefaßten Vollmachten ausgerüstet werden. Nichts wirke so verhegend auf die Massen, als eine ungerechtfertigte Versammlungsauflösung. (Sehr richtig! im Zentr.)  
Dr. Fischer (N.) erinnert an das Verbot des Vortrages des Fr. Helene Simon in Köln und an das Verbot der Theilnahme von Frauen am evangelisch-sozialen Kongress in Braunschweig. (Hört, hört! links.) Nicht einmal an den Verhandlungen des Gustav-Adolf-Vereins in Braunschweig durften Frauen theilnehmen. Eine reichsgesetzliche Regelung der Materie ist daher dringend notwendig. Wir werden für den ersten Antrag Crüger stimmen. (Bravo! bei den Soz.)  
Köstke-Deffau (wildlib.): Nichts dient mehr dazu, die Achtung vor dem Parlamentarismus herabzuwürdigen, als die rückständige Hartnäckigkeit, mit der sich die Regierungen der vom Reichstag mehrfach mit großer Majorität beschlossenen Regelung dieser Materie im freirechtlichen Sinne widersetzen und nicht einmal ihre Gründe für diese Haltung angeben für gut finden. (Sehr wahr! links.) — Die Zentrumspartei würde gut thun, zunächst einmal in ihren eigenen Reihen für Versammlungsfreiheit zu sorgen und nicht eigene Parteiangehörige bloß deshalb mundtot zu machen, weil sie in Sachen der Getreidezölle eine von der Parteischablone abweichende Meinung haben. (Sehr wahr! links.) — Der Unterschied zwischen Berufs- und allgemeinen politischen Interessen läßt sich nicht aufrechterhalten. Die Polizei geht soweit, selbst Tanzbelustigungen zu verbieten, bloß, weil Frauen daran theilnehmen. (Allgemeine Heiterkeit.) In der Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform erhielt Fr. Helene Simon nur durch die Vermittlung des Herrn v. Berlepich Zutritt. (Hört, hört! links.) Andererseits durfte auf der Versammlung der Arbeitsnachweise in Berlin die sozialdemokratische Agitatorin, Fr. Fanny Imle, neben der Gräfin Brühl, der Balasibame der verstorbenen Kaiserin Friedrich, sitzen, ohne daß Jemand daran Anstoß nahm. In den meisten Partikularversammlungsrechten werden Frauen den Minderjährigen, Schülern, Lehrlingen und solchen Personen, welche die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, gleichgestellt. (Hört! hört! links.) Die Herren von der Rechten haben anscheinend herzlich wenig Interesse an der Materie. Gestern waren sie alle da; heute sind die Bänke leer. (Abg. Dr. Dertel macht eine abwehrende Gebärde.) Nun, Herr Dr. Dertel, Sie sind zwar eine gewichtige Persönlichkeit, aber Sie können doch nicht alle fehlenden Herren von der Rechten erzeugen. (Schallende Heiterkeit.) Noch bedauerlicher ist es, daß die Bundesrathstische ganz leer sind. (Mehrere Abgeordnete der Linken zeigen auf die auf der Bundesrathstische sitzenden Kommissare, den sächsischen Geheimrath Dr. Fischer und den Bevollmächtigten der thüringischen Staaten Dr. Paulsen.) Nun, ich freue mich sehr, die Herren hier zu sehen. Hoffentlich werden Sie aus diesen Verhandlungen die Einsicht in die Nothwendigkeit einer gründlichen Reform des Vereins- und Versammlungsrechts mit nach Hause nehmen. (Geheimrath Fischer nickt ironisch, Heiterkeit.) Ich werde, weil ich in solchen Fragen Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gehe, vielfach als Schrittmacher der Sozialdemokratie bezeichnet. Ich habe in Anhalt eine Einigung der unterschieden liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie zu Stande gebracht, um die dortige Reaktion zu zähmen, welche die Rechte der Arbeiter geradezu mit Füßen tritt, zu polizeilichen Chikanen noch eine Wahlrechtsverschlechterung und die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs hinzufügt. Wenn ich die Sozialdemokratie gegen die Reaktion unterstütze, so identifiziere ich mich keineswegs mit ihr. Hier bei der Frage des Versammlungsrechts habe ich sogar noch die besondere Freude, die nationalliberale Partei als Dritten im Bunde begrüßen zu können. Ich bitte um Annahme des Antrags Crüger. (Beifall links.)  
Dr. Müller-Meinungen (FvP.): Die Reichsregierung und die preussische Regierung scheinen für die uns hier beschäftigende Frage kein Interesse zu haben; ich sehe eben, daß der einzige Vertreter der Reichsregierung, der anwesend war, wieder das Haus verlassen hat. Fräulein Helene Simon durfte in Köln nicht sprechen, während auf der Versammlung für internationalen Arbeiterdienst eine englische Dame, die Fabrikinspektorin Anderson, ungehindert sprechen durfte. Das bedeutet doch geradezu eine deminutio capitis der deutschen Frauenwelt gegenüber den englischen Frauen. (Sehr gut! links.) In der letzten Zeit haben die massenhaften Verhaftungen von Frauen ungewöhnliches Ansehen erregt. Die eine Dame wurde verhaftet, weil sie zu kurze Haare trug (Heiterkeit); eine andere, weil sie einen Männerhut aufhatte (erneute Heiterkeit); die dritte, weil sie ein männliches Gesicht hatte; die vierte, weil sie zu langsam ging; die fünfte — das war ein Schwabenreich und passirte in Göttingen — weil sie sich so unauffällig gerirt hatte. (Große Heiterkeit und Hört! hört! links.) Derartige beschämende Vorgänge müssen aufhören. (Beifall links.)

Fessen (Däne) führt Klage über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Nordschleswig. Es habe sich dort sogar ein Denunciationsverein gebildet, der die Mitglieder der dänischen Vereine den Behörden denuncire. (Lebh. Hört! hört! bei den Soz.)  
Stolle (SD.): Herr Geheimrath Fischer, mein verehrter Herr Nachbar, meinte am 14. Oktober bei der Handhabung des Vereinsrechts in Sachsen kämen zwar Verstöße vor, aber nicht bei der Auslegung. Aber gerade die Auslegung ist in den einzelnen Fällen total verschieden. Da wurde z. B. einmal eine Versammlung verboten, weil der Einberufer zwar angemeldet, aber in seiner Wohnung noch nicht geschlafen habe. (Heiterkeit und hört, hört! bei den Soz.) Ein anderes Mal verlangte ein Freund des Herrn Fischer, ein Amtshauptmann, von einem meiner Freunde, der eine Versammlung einberufen hatte, die Beschneidung seiner Ortsangehörigkeit, obwohl er ihn vom Gemeinderath und vom Gewerbegericht her aufs Genaueste kannte. (Hört, hört! bei den Soz.) In diesem Falle haben wir uns allerdings revanchirt. Als derselbe Herr Amtshauptmann einmal als Ueberwacher einer Versammlung einem unserer Redner ins Wort fiel, fragten wir ihn auf Grund des § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes um seine Legitimation. Er sagte: „Ich bin der Amtshauptmann E. und hier Herr Stolle kennt mich.“ Ich aber dachte: Wie Du mir, so ich dir; kennt uns der Herr Amtshauptmann nicht, kennen wir den Herrn Amtshauptmann auch nicht. (Stürmische Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.) Versammlungen im Freien weiß die Polizei dadurch zu verhindern, daß sie keine Mühe scheut, irgend einen Grundstücksnachbar ausfindig zu machen, der sich durch diese Versammlung geschädigt fühlt. (Heiterkeit.) Recht bezeichnend sind jetzt wieder die Vorgänge, die in Glauchau und Meerane spielen, wo 3000 Weber unter allgemeiner Sympathie in den Streit getreten sind, weil ihnen, die durchschnittlich 8-9 Mark pro Woche verdienen, die Bitte um 1 Pfg. Zulage pro Meter abgelehnt ist. (Hört! hört! bei den Soz.) Lokale, die sich die Streitenden mühsam erobert haben, werden bonfottirt; ausländische Arbeiter, die sich jahrelang in Sachsen aufhalten und sich nichts an Schulden haben kommen lassen, werden ausgewiesen. (Hört! hört! bei den Soz.) Das ist der christliche Staat, der angeblich so sehr um die arbeitenden Klassen besorgt ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist wirklich an der Zeit, das volle und freie Versammlungs- und Koalitionsrecht in Deutschland zur Geltung zu bringen. (Beifall bei den Soz.)  
Sächsischer Geheimrath Dr. Fischer: Mitglieder eines so schwach besetzten Hauses dürfen sich nicht über die schwache Besetzung des Bundesrathstisches aufhalten (Zuruf links). Ueber die Handhabung des sächsischen Vereins- und Versammlungsrechts sind hier Worte genug gewechselt. Wir werden uns ja gegenseitig doch nicht überzeugen. Sie wissen, warum die sächsischen Behörden gegen Sie (zu den Soziald.) mit besonderer Schnelligkeit vorgehen (Abg. Bebe! mit Ungerechtigkeit!). Ich lehne es ein- für allemal ab, mich über diesen Punkt mit Ihnen in Debatten einzulassen (Rufen b. d. Soziald.)  
Gräber (Z.): Sie (zu den Soziald.) thun nicht gut daran, unsere Bereitwilligkeit, mit Ihnen an einer freirechtlichen Gestaltung des Koalitionsrechts mitzuwirken, durch grundlose Behauptungen in Zweifel zu ziehen. Herr Bachem, der heute leider verhindert ist (Alha! b. d. Soziald.), hat schon 1895 unseren Standpunkt klargestellt. — Der sächsische Herr Regierungsvorredner hat erklärt, der Worte seien genug gewechselt; ganz recht, möge er nur dafür sorgen, daß wir endlich eine freirechtliche Regelung des Vereinsrechts bekommen (Lebh. Zustimmung i. Zentr. u. links) und daß sich Sachsen nicht wie bei gewissen Dingen sogar von Mecklenburg überholen läßt. (Heiterkeit u. Bravo! i. Zentr.) Die Frauen sollen durchaus freie Bewegung haben, wo es sich um Berufsinteressen handelt; aber mit Versammlungs- und Wahlrechtsfragen sollen sie sich nicht befassen; die Frauen, die sich mit Politik abgeben, sind nicht just von der angenehmsten Sorte; ich glaube, auch die Sozialdemokraten haben ein Haar davon gefunden. (Heiterkeit i. Zentr. Widerspruch b. d. Soziald.) Wir müssen uns um so mehr Beschränkung auferlegen, um endlich einmal mit den Bundesrath Regierungen über ein Reichsvereinsgesetz übereinzukommen. Haben wir das, dann können wir mit aller Gemüthsruhe an die Regelung der Frage herantreten. (Bravo! i. Zentr.)  
Baudert (SD.): Wie es mit dem weimariischen Versammlungs- und Vereinsrecht steht, hat der hochangesehene Prof. Abbe in einer Broschüre dargelegt, in der er die Verbote sozialdemokratischer Versammlungen und die Sanktionirung dieser Verbote durch die oberen Instanzen als verfassungswidrig bezeichnet. (Hört! hört! bei den Soz.) Im Landtage ist diese Broschüre als beleidigend für die weimariische Regierung bezeichnet worden; auf eine Anfrage hat aber Prof. Abbe bis heute vergebens gewartet. Der weimariische Minister hat ganz offen erklärt: „Es handelt sich darum, ob wir die Sozialdemokratie bekämpfen sollen, oder ob wir sie über uns ergehen lassen sollen.“ (Hört! hört! b. d. Soz.) Eine Versammlung, in der ich sprechen wollte, wurde verboten, weil ich ein „gütiger Agitator“ sei. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn das was in Weimar geschieht, nicht Willkür ist, so weiß ich nicht, was noch Willkür genannt werden soll. (Bravo! b. den Soz.)  
Weimariischer Geheimrath Dr. Paulsen: Es ist nicht Sache des Reichstags, sondern der Einzelstaaten, die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in den Einzelstaaten zu kritisiren. (Widerpruch b. d. Soz.) Prof. Abbe in Jena ist ein angelegener Mathematiker, ein

Threnmann in jeder Beziehung; aber zur Beurteilung juristischer Fragen fehlen ihm die nötigen Vorkenntnisse. Das Gesetz von 1884 bildet eine unanfechtbare Grundlage für alle Versammlungsverbote, welche in Weimar erfolgt sind. Die Beschuldigungen sind zudem übertrieben; das Verbot gegen den Abg. Baubert z. B. ist nachher vom Ministerium aufgehoben worden. Die Verbote sind durchweg in Landorten erfolgt (Kurze b. d. Soz.: Weimar! Jena!); es lagen stets Gründe der öffentlichen Wohlfahrt vor. (Kuchen b. d. Soz.)

Heine (Soz.): Die Verbote treffen keineswegs bloß Randorte; es sei denn, daß man Weimar und Jena als Randorte ansieht. (Weiterkeit.) Prof. Abbe ist allerdings ein großer Mathematiker; aber seine Prof.-Tätigkeit zeichnet sich durch eine große Klarheit aus, die sich die Juristen zum Mufter nehmen können, die oft genug der Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. (Weiterkeit.) Auf die Klugeleien des Geheimraths Fischer über die juristische Existenz oder Nichtexistenz einer Reichsregierung will ich mich hier nicht einlassen; auch uns ist es manchmal zweifelhaft gewesen, ob es eine solche gibt, selbst wenn sie hier oben gefestigt hat. (Sehr gut! und Weiterkeit b. d. Soz.) Herr Dr. Fischer will hier nicht mehr sprechen; daß hier dann andere sächliche Regierungsvertreter den Mund aufstun, dafür werden wir schon sorgen! (Sehr richtig! L. d. Soz.) Derselbe Herr entwickelte einmal wieder die bekannte Theorie vom Druck und Gegenruck; die Sache liegt so, daß die sächsische Regierung es schon als Druck empfindet, wenn unsere dortigen Genossen ihr verfassungsmäßiges Recht ausüben. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Herzfeld (Soz.): Im vorigen Jahre hat der mecklenburgische Regierungsvertreter hier im Namen seiner Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie es den Sozialdemokraten unmöglich machen werde, in Mecklenburg Versammlungen abzuhalten. Diesem Grundsatze ist die mecklenburgische Regierung, die mehr als alle anderen ein geschäftsführender Ausschuss der dort herrschenden Klassen ist, bis auf den heutigen Tag treu geblieben. Um nur ein Beispiel anzuführen, hat sie mir, dem Reichstagsabgeordneten von Rostock, verboten, eine Versammlung über den Zolltarif abzuhalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Hedner führt im weiteren Verlaufe seiner Rede noch eine große Anzahl unbegründeter Versammlungsauslosungen in Mecklenburg an. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Barth (Fg.): Die Herren auf der Rechten sind heute leider recht schwach vertreten, vermutlich hat sie die Formulierung der Rez. Richtiger so angestrengt, daß sie einige Tage Erholung brauchen. (Weiterkeit links.) Am bedauerlichsten ist ein Fall, der in Weimar passiert ist. Dort wurde ein von der Gewerkschaftskommission angelegter Vortrag über Goethe verboten, wie der Oberbürgermeister in seinem Bescheide schreibt, aus Gründen des öffentlichen Wohls. (Leb. Hört, hört! links.) Das Staatsministerium hat dieses Verbot für gerechtfertigt erklärt. Also der Weimarsche Staatsminister hat entschieden, daß ein Vortrag über einen seiner früheren Kollegen im höchsten Grade hebenfischig sei. (Gr. Weiterkeit links.) Gegen solche Verbote, durch die wir das Hohngelächter der gesamten Welt auf uns laden, muß schärfster Protest erhoben werden. (Leb. Beifall links.)

Geheimrath Dr. Paulsen: Das Verbot ist erfolgt, weil hier unter dem Thema „Goethe“ ein sozialdemokratischer Vortrag gehalten werden sollte. (Stürmisches Gelächter links.)

Fische (Soz.) führt Beschwerde über Auflösung von Gewerkschaftsversammlungen in Thüringen.

Dr. Barth (Fg.): Durch seine Verteidigung hat Herr Paulsen die Sache nur noch schlimmer gemacht. Er hat zugestanden, daß die Sozialdemokraten in Weimar nahezu rechtlos sind.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Dr. Crüger wird infolge der verhältnismäßig guten Besetzung der Linken gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen.

Die folgende Petition betrifft die Einführung des Besichtigungsnahtweises im Bauhandwerk. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung: Die Rechte beweist durch ihre schlechte Besetzung, daß sie nur noch Interesse am Zolltarif zu haben scheint. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich beantrage deshalb Ablegung dieser Petition von der Tagesordnung.

Dr. Barth (Fg.): Ich widerspreche diesem Antrag. Es ist ganz lehrreich, wenn wir in einer Diskussion über diese Frage sehen, wie außerordentlich schwach diejenigen vertreten sind, die sonst vorzehen, am meisten interessiert zu sein.

Singer (Soz.): Ich bezweifle die Beschlusfähigkeit des Hauses.

Präsident Graf Ballestrin: Diesem Zweifel muß ich mich anschließen. (Weiterkeit.) Ich setze also die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr fest. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Zolltarifgesetzes.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Das kaiserliche Verfahren, durch das die Mehrheit in zwei Tagen den neuen Abstimmsmodus nachgehrt hat, wird von dem gut national-liberalen „Hamb. Corr.“ folgendermaßen gekennzeichnet:

Die gestrige Reichstags-Sitzung gehört mit ihrer beinahe zehnstündigen Dauer, der schließlich nur durch das drohende Vergehen der elektrischen Beleuchtung ein Ende bereitet wurde und mit ihrem zuletzt fürwärtig erregten Verlauf zu den parlamentarischen Anomalien, aber nicht zu den unerfreulichen Nachwirkungen. Nach unserer Ansicht ist gestern (Donnerstag) zum ersten Male die Geschäftsordnung wirklich gebrochen und das ungeschändliche Recht des Stärkeren, d. h. der Mehrheit proklamirt worden. Daß sich dazu der sonst so vornehm und billig denkende Präsident des Reichstages, Graf Ballestrin, hergegeben hat, ist das Ueberwunderliche und das Bedauerlichste an der ganzen Sache, an der ja im übrigen das Heil des Reiches in der Hand hängt. Jomell hat er sich ja freilich zu erklären erlaubt, indem er die Auslegung der kritischen Stelle der Geschäftsordnung der Mehrheit überließ. Aber gerade das war der bedauerliche Fehler. Er durfte die Mehrheit nicht in eigener Sache Richter sein lassen, durfte ihr, die in diesem Zustande der Verwirrung auch beschließen hätte, daß zwei mal zwei fünf ist, wenn es die Obstruktion betrifft, diese Entscheidung nicht anheimgeben. Das war vielmehr seine, des Präsidenten, Sache, weil er der einzige ist, der über den Parteien steht und pflanzgemäß über den Parteien stehen muß.

Als neues Mittel zur Erreichung der Minderheit ist die „Rein-Weiß-Fg.“ u. A. vor, wobei gewisse Abgeordnete für Wochen und Monate aus dem Hause zu verbannt werden!

Der Kampf um den Zolltarif. Offizios spricht der

„Hamb. Corr.“: „Eine Verständigung über den Zolltarif ist zwar noch nicht erreicht, aber wahrscheinlich. Der Grenz Zoll wird nicht erhöht.“ — Wer wird umfallen, die Regierung oder die Zöllner? Vielleicht beide?

Ein Reifall. Nicht immer ist Tugend gepaart mit hohen Gesichtsgaben. In dieser unvollkommenen Welt verbindet sich moralischer Sinn nicht selten mit simpler Mittelmaßigkeit und edle Entrüstung mit bedauerlicher Ignoranz. Die Guten sind gemeinhin auch die Minderbegabten, und die Talente sind ungroßmüthig genug, die intellektuelle Blöthe der allzeit korrekten Wohlgefälligkeit gelegentlich einmal aufzudecken. Der „Vorwärts“ hatte bekanntlich vor einigen Tagen das Bruchstück eines Briefes veröffentlicht, der, wie er angab, dieser Tage von einem Konservativen aus dem Reichstag abgefaßt war und in dem die schönste Stelle lautete: „Lieber Schatz! Ich kann leider auch heute nicht zur Jagd in Lieben sein, ich muß vielmehr bei dem schönen Wetter als Stimmvieh dienen auf Befehl der Juden und Judengenossen.“ Sofort bäumte sich bei allen Gutgesinnten das sittliche Bewußtsein, und die Hohenpriester der politischen Moral gaben feierliche Fluch- und Bannsprüche von sich. Unbeschwert von allen Hemmungsvorstellungen, welche ihnen die intimere Kenntniß der patriotischen Herzensgeschichte Preußens hätte vermitteln können, orakelten die Schatzmacher über die „Verwilderung der sittlichen Begriffe“ in sozialdemokratischen Kreisen, und das Organ der Ueberagravier zeterte mit der Nervosität des bösen Gewissens von den „niedrigsten Gepflogenheiten der Revolverpresse.“ Die Brodwucherparteien des Reichstages schienen bereits die Opportunität eines Ausnahmegesetzes gegen sozialdemokratische Indiskretionen in Erwägung zu ziehen. Das konnte in einem Aufwaschen gehen. Die „Weserzeitung“ küßt jetzt die flammende Entrüstung der Gutgesinnten mit dem Hinweis darauf, daß der von dem „Vorwärts“ veröffentlichte Brief historisch ist und von einem gewissen Bismarck herrührt, der mit den oben angeführten Worten seinen junkerlichen Unmuth über den Zwang der parlamentarischen Geschäftsordnung entladen hat. Insofern dieser Zwang den jagdlustigen Standesgenossen des Junkers Bismarck auch heute noch lästig und beschwerlich ist, hat er allerdings immer noch eine gewisse Aktualität.

Antisemitische Kämpfe im deutschen Reichstage. Eine Parlamentskorrespondenz berichtet von den letzten namentlichen Abstimmung nach dem alten Modus: „Der Zufall hat es nun gefügt, daß der letzte Namensaufruf mit dem Buchstaben „B“ begann; die letzte Stimme war das „Rein“ des Abg. Wurm. Und als sie verhallt war, erscholl eine Stimme von rechts: „Ende Jud, Alles Jud!“ — Die Junker sind erfolgreich an der Arbeit, den östereichischen Parlamentarismus im deutschen Reichstag einzubürgern. Und das erdreißt sich, von der Herabsetzung des parlamentarischen Ansehens durch die Opposition der Linken zu sprechen!

Keine sozialdemokratische Mehrheit im rudoftädtischen Landtag. Die auch von uns, auf Grund der Meldung zahlreicher bürgerlicher Blätter gebrachte Nachricht von einer sozialdemokratischen Mehrheit im Rudoftädtischen Landtag beruhte auf einer Mystifikation. Nicht nur ist durch die Nachwahl nicht der genannte Sozialdemokrat (unter sechs-zehn Abgeordneten) in den Landtag gekommen, vielmehr ist ihnen in der Nachwahl ein Mandat verloren gegangen. Die Nachwahl im Wahlkreis Rudoftadt I war durch die Doppelwahl des Genossen Hartmann erforderlich geworden. Leider gelang es unseren Genossen nicht, das Mandat zu erhalten; mit etwa 10 Stimmen Mehrheit siegte der Ordnungskandidat Richter über unseren Genossen Lagerhalter Triefel. Damit verringert sich die Zahl unserer Mandate auf sieben, so daß die Gegner immer noch die Mehrheit haben, da der Landtag aus insgesammt 16 Abgeordneten besteht.

Zum Fall Endell wird der „Nationalzeitung“ aus Bozen gemeldet: Das militärische Ehrengericht hatte gegen den Major a. D. Endell wegen der bekannten Unregelmäßigkeiten bei der Kasinenführung auf eine Warnung erkannt, außerdem aber auf Verlust des Rechts zum Tragen der Uniform, weil Herr Endell vor der Verhandlung sich dem Ehrengericht gegenüber sehr herausfordernd geäußert, Aufklärung über sein Verhalten verweigert hatte und dergleichen mehr. Die Warnung ist vom Kaiser bestätigt, das Recht zum Tragen der Uniform ist Herrn Endell befallen worden, durch Begnadigung in dieser Beziehung.

Kanonentwig Krupp auf Capri. Vor einigen Wochen berichtete, wie damals schon von uns in aller Kürze mitgeteilt wurde, die Auslands- und die Kanonentwig Krupp, der alljährlich lange auf der italienischen Insel Capri bei Neapel weilte, dort mit jungen Männern eine Freundschaft unterhält, die nach dem § 175 des deutschen Strafgesetzbuches mit Gefängniß bestraft wird. Der „Vorwärts“ geht nun auf die Angelegenheit ausführlich ein. Er schreibt a. a.: Der Fall muß in der Öffentlichkeit mit der gebotenen ersten Vorsicht erörtert werden, da er nicht nur ein kapitalistisches Kulturbild irreführend färbung bietet, sondern auch vielleicht den Anstoß gibt, endlich jenen § 175 aus dem deutschen Strafgesetzbuch zu entfernen, der nicht nur das Opfer trifft, sondern auch unglückselige Veranlagung sittlich fühlender Personen zu ewiger Furcht verdammt und sie zwischen Gefängniß und Exil in endloser Bedrohung festhält. Der Geheimne Kommerzienrath Krupp, Mitglied des preussischen Herrenhauses, der reichste Mann Deutschlands, dessen jährliches Einkommen seit den Flottenverträgen auf 25 und mehr Millionen gestiegen ist, der über 50 000 Arbeiter und Angestellte in seinen Betrieben unterhält, in dessen das Zentrum der vollendeten Kriegstechnik liegt, — Herr Krupp, den die fremden Fürsten und Staatsmänner zu beschenken pflegen, wenn sie Deutschland durchreisen, gehört zu jenen Naturen, für die der § 175 eine feste Dual und Bedrohung bedeuten würde, wenn nicht auf diesem Gebiete die Gerichtigkeit in Anerkennung der Bedenklichkeit der gesetzlichen Bestimmung die Hände nur selten von den Augen nimmt. Unter dem Einfluß der kapitalistischen Macht kann eine unglückselige Veranlagung, die den Besessenen niederbrückt oder gar zerschmettert, zu einem schmerzhaften Duell der Korruption werden, die dann aus einem persönlichen Schicksal eine öffentliche Angelegenheit gestaltet. Es ist bekannt, daß Herr Krupp seit einiger Zeit auf Capri, der

Insel des Kaisers Eberius, am Südeingang zum Golf von Neapel, eine Villa besaß. In den illustrierten Blättern des Scherl'schen Betriebs konnte man Bilder sehen, die beweisen, daß der Mann auch in seiner Capri-Mäße nicht raffete, sondern als Wegebaumeister wunderbare Straßen aufzuführen ließ und sonst seinen Unternehmerrath rafflos beherrschte. Aber Herr Krupp hatte sich nicht Capri gewählt, um die Insel mit Straßen zu beglücken, sondern weil das italienische Strafgesetzbuch keinen besonderen § 175 kennt. In seiner verschwenderisch ausgestatteten Villa — wir geben nur einige der notwendigsten Einzelheiten wieder, die unser italienischer Korrespondent uns berichtet — huldigte er mit den jungen Männern der Insel dem homosexuellen Verkehr. Die Korruption war bis zu einer solchen Höhe geblieben, daß man bei einem Photographen von Capri gewisse nach der Natur aufgenommene Bilder sehen konnte. So war die Insel Capri, wo das Geld Krupps das hierzu nötige moralische Terrain vorbereitet hatte, ein Zentrum homosexuellen Verkehrs geworden. Die neapolitanische Presse wußte darum, aber sie schwieg. Auch die italienischen Behörden wußten von den Vorgängen, aber man nahm Rücksicht auf den König der Kanonen. Schließlich wurde der Skandal denn doch zu groß und der Minister des Innern sandte im Geheimen einen Inspektor der öffentlichen Sicherheit nach Capri, der eine Untersuchung anzustellen hatte. Das geschah ohne Wissen der Lokalbehörden. Auf die Ergebnisse dieser Untersuchung hin wurde Herr Krupp er sucht, die Insel für immer zu verlassen. Die „Propaganda“ (das sozialistische Organ von Neapel), welche diese Dinge an die Öffentlichkeit gezogen hat, verlangt, daß der Bericht über die Untersuchung den Justizbehörden ausgeliefert werde, aber das ist bisher nicht geschehen. Auf die Rechtslage des Falles wollen wir vorläufig nicht eingehen. Das grauenhafte Bild kapitalistischer Beeinflussung wird dadurch nicht sonderlich milder, daß man weiß, es handelt sich um einen pervers veranlagten Mann. Denn das Mitleid, das das Opfer eines verhängnißvollen Natur-Fehlens verdient, muß versagen, wenn die Krankheit zu ihrer Befriedigung Millionen in ihre Dienste stellt. Insofern gibt es keine ausreichende Entschuldigung für den Mann. Gleichwohl bietet der Fall für die deutsche Gesetzgebung ein hohes Interesse. So lange Herr Krupp in Deutschland lebt, ist er den Strafbestimmungen des § 175 verfallen. Nachdem die Perversität zu einem öffentlichen Skandal geführt hat, wäre es die Pflicht der Staatsanwaltschaft, sofort einzugreifen. Vielleicht erwägt man jetzt, um diesen das Rechtsgesühl verletzenden Widerspruch zwischen Gesetz und Anwendung des Rechtes zu beseitigen, die Beseitigung des § 175, der das Laster nicht ausrottet, aber das Unglück nur fürchtbaren Dual verschärft. Von sozialdemokratischer Seite ist ja im Reichstag mehrfach auf eine solche Reform gedrungen.

Der neue heffische Landtag, der am 24. November zusammentreten soll, weist nach den nunmehr beendeten Wahlen folgende Zusammensetzung auf: National-liberale 14 (früher 20), Zentrum 7 (7), Sozialdemokraten 6 (6), Freisinnige 5 (2); die übrigen 18 Mitglieder sind hauptsächlich Mitglieder der sog. Freien wirtschaftlichen Vereinigung, die sich aus Antisemiten und Landwirthschaftlern, Christlich-sozialen z. zusammensetzt. Es ist dies im Uebrigen eine sehr verschiedenartige Gesellschaft, in der wenigstens bisher so viel Köpfe, so viel Sinne herrschten und die nur als gemeinsames Ziel die Erstrebung agrarischer Ideale verfolgte. Ob diese Herren in Zukunft noch unter der alten Firma weiterarbeiten werden, muß abgewartet werden.

Kleine politische Nachrichten. Die Konservativen haben beschlossen, für die nächste Reichstagswahl Professor Dr. Adolf v. Wendt zu ernennen, der sich durch seine vielfach reaktionären Artikel in der „Kreuzzeitung“ in den Kreisen der Rechten einen Namen gemacht, als Kandidaten für den II. Berliner Reichstagswahlkreis aufzustellen. Aussicht, gewählt zu werden, hat er nicht. — Die sächsische Regierung hat sich neuerdings wieder bei der Reichsregierung für einen höheren Zollschutz der Gärtnereierzeugnisse verwendet. — Die Kommission zur Vorberatung des Antrags Baffermann über die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte hat sich am Sonnabend auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem ein Regierungsvertreter mitgeteilt hatte, daß die Vorlage der Regierung im Reichsamt des Innern bereits fertig gestellt worden, dagegen im Bundesrath noch nicht erledigt sei. Sie werde dem Reichstag jedoch in aller nächster Zeit zugehen. — Das Gesetz gegen die Spielhölle, das, wie bekannt, von Kammer und Senat in Belgien schon längst votirt, vom König aber noch nicht sanktionirt ist, wird von Wandervelle zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden. — Nach vieler Mühe ist es Sagasta gelungen, ein neues Ministerium für Spanien zu bilden. Die neuen Minister haben bereits Sonnabend den Eid geleistet. Da das neue Kabinett Sagasta bereits den Todeskeim in sich trägt, wird ihm kein langes Leben beschieden sein. — Zu den Unruhen in Marokko wird aus Tanger berichtet: Der Stamm der Kabylen von Benider hat sich dem Pascha von Tetuan angeschlossen, daß er mehrere Gejangene in Freiheit gesetzt hat, unterworfen. Die Strafen sind nunmehr wieder frei. — Infolge allmählicher Verschiebung des Gültendruckbettes an der Grenze von Perlien und Sghanistan sind zwischen diesen beiden Staaten ernstliche Grenzstreitigkeiten entstanden. — Eine Depesche aus Schanghai meldet: Die japanische Garnison hat Befehl erhalten, Schanghai am 22. d. M. zu räumen. Die Deutschen, Franzosen und Engländer machen dagegen immer noch keine Anstalten, das Feld zu räumen.

### Rußland.

Weil er einen schwingvollen Mädchenhandel unterhielt, ist der Chef der Warschauer Geheimpolizei zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden. Mit den Besitzern der öffentlichen Häuser fand der Verurtheilte in engen Geschäftsbeziehungen. Er bezog geradezu Gehalt von den Leuten, deren schmutziges Gewerbe er unterstützte. Das muß in eine nette Gesellschaft sein, diese Warschauer Polizei!

### Oesterreich-Ungarn.

Zueger gerichtet. Bei der am Freitag im österr. Reichstagsabgeordnetenhaus fortgesetzten Debatte über die Vorgänge bei der Wahl in Favoriten kam es wieder zu einer ungenügend heftigen Szene. Der Abgeordnete Bernerstorfer (Soz.) sagte: „Der Bürgermeister von Wien, Doktor Zueger, hat sich der Ehrlosigkeit schuldig

## Die Vergewaltigung der Minorität.

Die Zoll- und Knebelmehrheit hat ihren ersten Sieg erfochten; vielleicht wird sie jetzt schon zur Einsicht gekommen sein, daß es ein Pyrrhussieg ist. Sie hat selbst den Antrag Michbichler nur durchsetzen können, indem sie mehrere offensichtliche Vergewaltigungen an der Geschäftsordnung vornahm. Den Schluß der Donnerstagtagung hat eine Geschäftsordnungsdebatte von unerhörter Länge und unerhörter Heftigkeit gebildet. Es war vergebens gewesen, daß Debel, Singer, Stadthagen, Südekum, Baudert Klipp und klar den Antrag Normann auf Uebergang zur Tagesordnung über die sozialdemokratischen Amendements zum Antrag Michbichler, der nach Schluß der Diskussion gestellt war, als geschäftsordnungs-widrig nachgewiesen hatten; es war ebenso vergebens gewesen, daß der feine Dialektiker Barth sich ihnen angeschlossen hatte und sogar Richter — endlich, endlich! — seinen Platz wieder unter den Wortführern der Linken eingenommen hatte. Das Haus hatte, nachdem es erst — um 9 Uhr abends — in namentlicher Abstimmung den Antrag Singer auf Vertagung abgelehnt hatte, ebenfalls in namentlicher Abstimmung den Antrag Normann als zulässig erklärt; dann war die Versammlung spät in der Nacht auseinandergegangen, weil — das elektrische Licht in einen Streik eintrat.

Nicht viel über 12 Stunden später war der Reichstag wieder zusammen. Die Junker hatten sich dem Opfer unterzogen, ihre heimlichen Jagdgründe noch einen Tag länger zu meiden. So war denn ein stattliches Haus beisammen; auch auf den Tribünen fehlte es nicht an schaulustigem Publikum.

Bei schönem Sonnenschein begann der Kampf wieder, den das Erlöschen des elektrischen Lichtes beendet hatte. Der Fraktionsgenosse des seligen Stumm, Herr v. Tiedemann, hielt eine heftige, drohende, grobe Schärferrede. Was Herr v. Normann nur leise angedeutet hatte, bekannte Herr v. Tiedemann mit schöner Offenheit: die Ver Michbichler ist nur ein Schwacher Anfan, bei passender Gelegenheit werden an dem armen Versuchskaninchen, der Geschäftsordnung des Reichstags, noch ganz andere Operationen vorgenommen werden. Genosse Dr. Südekum diente trefflich auf diese Schärferrede: er wies unter dem gewohnten Wuthgeschrei der Rechten auf die Obstruktion hin, die Junker und Junkerengenossen im Landtage bei der Kanalvorlage und im Reichstage gelegentlich des bürgerlichen Gesetzbuches bei der Frage der Pressefreiheit der Hasen auf Bauernfeldern betrieben haben.

Aber was helfen alle Gründe, was hilft alle Verebamkeit? Die Wahlkreiseinteilung und landbräthliche Wahl-mache giebt den Büllnern die Mehrheit, die sie krupellos gebrauchen. Der am Donnerstag für zulässig erklärte Antrag Normann auf Uebergang zur Tagesordnung wurde angenommen. Der Streik des elektrischen Lichtes hatte verhindert, daß die Donnerstagsnacht zu einer Bartholomäusnacht für 20 rechtmäßig gestellte Anträge wurde, hatte aber den parlamentarischen Massenmord nur um ein paar Stunden aufschoben, nicht verhindern können.

Man kam der Antrag Michbichler auf, betr. die Abstimmungskarten heran. 197 Abgeordnete bejahten, 78 Abgeordnete verneinten den Antrag. Die Knebelmehrheit wäre also für sich allein nicht beschlußfähig gewesen. Das war somit die letzte namentliche Abstimmung nach altem Ritus im Reichstag. Der Namensaufruf begann mit B.; der erste Namensaufruf in diesem Sessionsabschnitt hatte mit A. begonnen; zweimal ist das Alphabet durchgenommen worden.

Der Antrag Michbichler soll als Geburtshelfer des Tarifs dienen. Zu diesem wandte man sich jetzt. Die Beratung war bei den Abstimmungen über den

Transitlager-Paragraphen 9 des Tarifgesetzes stehen geblieben. Aber ehe es dazu kam, gab es noch ein hübsches Zwischen-spiel: Abg. Brömel geißelte die Mehrheit mit der Rute, die sie sich in Gestalt des Donnerstags-Nacht-Beschlusses, daß nach Beendigung der Diskussion noch Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung möglich sind, selbst gebunden hatte. Er beantragte unter fürchterlichem Mehrheitslärm Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge Herold und Wangenheim zu § 7.

Die Abstimmung über diesen Antrag war die erste namentliche, die nach dem neuen Ritus vorgenommen wurde. Urnen von falschem Malachit in giftig-grüner Farbe waren schon zuvor auf den Tisch des Hauses niedergelegt worden; mit ihnen bewaffnet, vertheilten sich die Saalbiener unter Führung der Schriftführer durch die Gänge des Saales. Die Sache klappte leidlich; man sagt, Präsident v. Balleström habe am Vormittag eine Generalprobe vorgenommen. Die Stimmzettel gleichen Bisttentarten, tragen Namen und Platznummer des Abgeordneten und die Bemerkte „Ja“, „Nein“, „Enthalte mich“; Nichtgewünschtes ist auszustreichen. Die erste neurituelle Abstimmung nahm 15 Minuten in Anspruch; bei den folgenden verminderte sich die Zeit noch ein wenig.

An Zwischenfällen fehlte es bei der ersten und den drei noch folgenden Stimmzettel-Abstimmungen keineswegs. Die Rechte lärmte furchtbar gegen den freisinnigen Schriftführer Herold, der nach ihrer Meinung zu langsam einsammelte; umgekehrt erlaubte sich der neuerdings an Normanns Stelle zum Schriftführer avancierte Himburg, die Stimmkarten direkt von den Abgeordneten in die Urne stecke zu lassen, statt, wie Herr Michbichler das vorschreibt, sie von denselben in Empfang zu nehmen und selbst in die Urne zu thun. Das wurde von unserer Seite montirt; es kam darüber zu erregten Zusammenstößen mit dem Präsidenten. Nachher hat sich übrigens Herr Himburg gebessert. Sonst ist noch zu erwähnen, daß die Pückerlströmung der Rechten bedeutende Fortschritte macht. Zu dem Zuruf „Singerleben“ ist jetzt der ebenso geschmackvolle Zuruf „Der kleine Cohn“ getreten.

Der § 9 gelangte in der Kommissionsfassung mit einem Amendement Herold zur Annahme. Beim § 10, der von Zolkkrediten handelt, polemisierte Genosse Haase-Königsberg gegen den Grafen Schwerin-Löwisch, der übrigens auch einmal in seiner Art Obstruktion trieb und verschärfende Agramanträge für die 3. Lesung ankündigte. Auch dieser Paragraph gelangte in der Kommissionsfassung mit einem Amendement Herold zur Annahme.

Sonnabend fängt die Sitzung erst um 1 Uhr an. Auf der Tagesordnung stehen Petitionen. Die Junker werden auf die Jagd gehen.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Schuhmacher der Firma Waldmann u. Co. in Mainz sind auf's Neue in den Streik eingetreten, da die Firma die mit den Arbeitern vor dem Gewerbergericht abgeschlossenen Vereinbarungen gebrochen hat. — Der Streik der Textilarbeiter in Coesfeld wurde beigelegt, da beide Theile die von der Einigungscommission gemachten Vorschläge annahmen. Am heutigen Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen werden. — Ein Streik der Zigarrenmacher ist in Antwerpen ausgebrochen. Die Unternehmer wollten Lohnkürzungen vornehmen und, da sie diese nicht durchsetzen vermochten, maßregelten sie nach und nach die organisierten Arbeiter. Deswegen kam es zum Streik, an dem einige hundert Arbeiter theilhaftig sind.

**Bei den Stadtverordnetenwahlen in Breslau,** die am Mittwoch stattfanden, kamen drei Sozialdemokraten mit Konservativen in Stichwahl. Die Mandate besaßen bisher die Konservativen. In der ganzen Stadt

erlitten die Freisinnigen erhebliche Verluste an Stimmen und verloren auch drei Mandate. Die Sozialdemokraten verzeichneten überall Stimmengewinn. Die Freisinnigen konnten nur 2 Stadtverordnete halten, die zugleich von den Konservativen unterstützt wurden.

**Ein polnischer Berg- und Hüttenarbeiterverband** ist, wie die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ mittheilt, Sonntag in Bochum in aller Stille gegründet worden. Wenn dieser Verband gewerkschaftliche Zwecke verfolgen soll, dann hätten wir also neben jener Richtung, die die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nach dem Religionsbekenntnis scheidet, eine neue Spielart, welche eine Trennung nach der Nationalität ausführt.

**Lage des Arbeitsmarktes.** Die von Dr. Jastrow herausgegebene „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ schreibt: Die Besserung, die sich gegenüber dem Vorjahr seit September auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht, hat noch im Oktober angehalten. In einer Reihe von Gewerben hat der Beschäftigungsgrad etwas zugenommen und eine Vermehrung der Neueinstellungen zur Folge gehabt. In der Elektricitäts-Industrie wird die Arbeiterschaft wieder verstärkt, in manchen Bezirken des Textilgewerbes, so z. B. im schlesischen, findet gleichfalls eine Zunahme der Arbeitskräfte statt. In Betrieben, die für die Weihnachtssaison Artikel liefern, wird jetzt ziemlich lebhaft gearbeitet, was gleichfalls viele Neueinstellungen veranlaßt. Die Vermehrung der Arbeitskräfte in den gewerblichen Betrieben geht deutlich aus den Mit-gliederziffern der Krankenkassen hervor, soweit diese der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ zur Verfügung stehen. Während im Vorjahre eine Abnahme der Beschäftigten um 0,9 Proz. stattfand, ist in diesem Oktober eine Zunahme von 0,9 Proz. zu konstatiren. Die Zunahme ist zwar an und für sich gering, aber bei der allgemein noch ungünstigen Geschäftslage ist dies nicht auffallend. In den meisten Zweigen des Eisengewerbes, in der Metall- und Maschinen-Industrie ist der Beschäftigungsgrad noch immer so schwach, daß erneute Entlassungen kaum zu vermeiden sind. Im Baugewerbe nähert sich die Hauptzeit ihrem Abschluß und führt für zahlreiche Arbeiter zur üblichen wintertlichen Beschäftigungslosigkeit. Je weniger die gewerblichen Betriebe im Stande sind, neue Arbeitskräfte anzunehmen, desto stärker vermehrt sich das Angebot auf dem Arbeitsmarkte. Allerdings hält die schlechte Geschäftslage in den Städten den Bezug vom Lande in diesem Jahre einigermaßen zurück. Dafür spricht die erhebliche Zunahme des Markenerlöses der Invalidenversicherungsanstalten in rein ländlichen Bezirken, besonders während des Monats September gegenüber den Monaten August und Juli. Im dritten Vierteljahr betrug die Mehreinnahme der 31 Versicherungsanstalten nach der Aufstellung der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ 1 245 000 Mark gegenüber den Einnahmen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von dieser Mehreinnahme entfallen auf den September 518 000 Mk. Die größere Selbstthätigkeit auf dem Lande während dieses Herbstes hat zur Folge, daß an den öffentlichen Arbeitsnachweisen der Andrang im Oktober weniger stark gewachsen ist als im gleichen Monat des Vorjahres. Auf 100 offene Stellen kamen nämlich in diesem Oktober nur 174,3 Arbeitssuchende gegen 195,8 im Vorjahre. Immerhin übersteigt sowohl bei den männlichen wie bei den weiblichen Arbeitern das Angebot erheblich die Nachfrage. Auf 100 offene Stellen für Männer kamen nämlich 213,2, auf 100 offene Stellen für Frauen 104,2 Arbeitssuchende.

**Zum Kvalitionsrecht** schreibt die amtliche „Berliner Korrespondenz“: In einer Strafsache wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung hat das Reichsgericht am 25. April d. J. die Frage zu entscheiden gehabt, ob die Strafvorschrift dieses Gesetzes-Paragraphen auch auf Vereinigungen, welche die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezwecken, anzuwenden sei. Im Gegen-satz zu verschiedenen Untergerichten und auch dem Kammergerichte, welche die Rechtsauffassung vertreten hatten, daß

## In den Minen.

Roman von R. Orth.

31. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Mit dem Ausruf: „Verrath! — Ich bin getroffen!“ sprang Dougherty auf die Füße. Aber noch schneller als er hatte McDonald von seinem Opfer abgelassen. Mit ein paar mächtigen Schlägen hatte er den stiehenden Kerrigan erreicht, und ein furchtbarer Hieb des dicken Knotenstockes, den er mit einem Riemen an seinem Handgelenk befestigt hatte, sauste auf ihn nieder.

Ohne einen Laut von sich zu geben, stürzte der Ges-chlagene wie ein gefällter Baum zu Boden. Die beiden Polizisten aber, die sich so unerwartet von ihren Angreifern befreit fühlten, rafften sich auf und griffen zu ihren Revolvern. Aus Leibsträften um Hilfe rufend, wollten sie auf die drei enteifenden Gestalten Feuer geben. Die Hähne knackten, aber es fiel kein Schuß — die Waffen hatten ver-lagt. Zudem hatte der eine das Unglück, über den Körper Kerrigans zu stolpern, und so geschah es, daß die Fäuchlinge in der Finsterniß verschwunden waren, ohne daß die Polizisten sich auch nur hätten Rechenschaft darüber geben können, in welche der hier einmündenden Waffen sie sich gewendet.

Alle diese Vorgänge hatten sich innerhalb weniger Sekunden abgespielt. Aber der Knall des Schusses und die Hülferrufe der Polizisten lockten doch sehr schnell eine Anzahl von in der Nähe befindlichen Personen herbei. Rasch waren sie von dem Vorgefallenen verständigt, und während sich ein Theil unter der Führung des einen Beamten an die Ver-folgung des entprungenen Gefangenen machte, wandten sich die anderen dem am Boden liegenden Manne zu, von dem bis jetzt Niemand zu sagen wußte, welche Rolle er bei dem tollkühnen Ueberfall gespielt haben mochte.

Man rüttelte ihn und leuchtete ihm mit einer Laterne

ins Gesicht. Dadurch kam der von dem Stockschlage nur Betäubte wieder zur Besinnung, und in der ersten Bewirung, die ihm ein klares Erkennen der Situation unmöglich machte, besiegelte er durch eine verhängnißvolle Thorheit sein Geschick. In den aufgeregten, mit Knütteln und Revolvern bewaffneten Männern, die ihn umgaben, nichts als Feinde sehend, sprang er auf die Füße und machte den toll-kühnen Versuch, sich mitten durch den schnell angewachsenen Haufen einen Weg zur Flucht zu bahnen. In der That war es ihm gelungen, die Nachstehenden zur Seite zu schlenndern, und andere wichen vor seiner drohend erhobenen Schutzwaffe zurück. Da erschallte aus dem Menschenknäuel der Ruf:

„Ein Mollh-Magazire! — Einer von Behles Mörder! Laßt ihn nicht entweichen wie den andern! — Nieder mit ihm! — Schlagt ihn todt — den Hund!“

Und der Ruf fand ein hundertfaches Echo. Innerhalb eines einzigen Augenblicks hatte er den ganzen Haufen zu rasender Wuth entflammt, und alle diese von der Furcht vor den Mollh-Magazires sonst so ganz eingeschüchternen Männer, von denen es sicherlich am hellen Tage kein einziger getoht haben würde, seine Hand gegen einen Angehörigen des mächtigen Geheimbundes zu erheben, warfen sich jetzt im Schutze der Dunkelheit, wo jeder sich unerkannt glaubte, wie ein Rudel blutgieriger Wölfe auf den einzelnen Feind.

Kerrigan sah, daß er rettungslos verloren war, und mit dem Muthe der Verzweiflung wollte er sein Leben so theuer als möglich verkaufen. Er erhob seinen Revolver und schoß blindlings in die auf ihn eindringende Menge. Aber man ließ ihn nicht Zeit, zum zweitenmal abzubrüden. Ein Schlag mit einem Knüttel hatte seinen rechten Arm getroffen, so daß er gelähmt oder gebrochen herabsank, und nun, da er wehrlos geworden war, fielen von allen Seiten hagelartig die Hiebe und Stöße auf ihn nieder.

Der Unglückliche brach in die Kniee und raffte sich

wieder auf. Er rief seinen Gegnern etwas zu, das vielleicht ihre Wuth beschwichtigen sollte; aber in dem wüthen Loben verstand ihn niemand, und niemand wollte ihn verstehen. Noch einmal versuchte er Widerstand zu leisten; aber es war vergebens. Ein Schlag, der ihn mitten ins Gesicht traf, ließ ihn abermals niederstürzen, und im nächsten Augen-blick hatten die Hiebe und Stöße der Rajenden ihr tödtliches Werk vollendet.

In dem Gastzimmer von „Sheridan House“ ging es heute verhältnismäßig sehr ruhig zu. Nur eine kleine Anzahl von ernsthaften Männern saß an einem der Holztische vor dessen Schmalseite Michael Lawler Platz genommen hatte.

Daisy hielt sich wie immer hinter dem Schenktische auf, sie saß mit in den Schooß gefalteten Händen auf ihrem Stuhl und lauschte in gespannter Aufmerksamkeit auf die halb-laut geführte Unterhaltung der Männer, denen auch ihr Vater sich beigefügt hatte.

Man sprach über das große Ereigniß, von dem heute Morgen alle Zeitungen Pennsylvaniens voll gewesen waren, nämlich über die Ermordung Bohles und die Ergreifung eines der Thäter. Von dem, was sich weiter in Shenandoah zugetragen hatte, war bisher noch keine Kunde nach Pottsville gelangt, und es war deshalb begreiflich, daß sich Montagmorgens Gäste nicht eben in der heitersten Stimmung befanden.

„Einer von den Unsrigen kann es nicht sein,“ meinte der Wirth vom „Sheridan House“. Die Beschreibung paßt so wenig auf McDonald als auf Kerrigan oder Dougherty. Aber ich kann mir nicht denken, daß sie anderen erlaubt haben sollten, ihnen zuzukommen.“

„Vielleicht doch!“ erwiderte Lawler, der noch ernsthafter dreinschaute als sonst. „Aber was hilft es, Betrachtungen anzustellen über Dinge, von denen wir nichts wissen! Sicher ist nur, daß es diesmal eine böse Geschichte werden kann.“

zur der Zwang zur Beteiligung an Verabredungen in bestimmten Fällen der Strafvorschrift unterliege, hat das Reichsgericht jene Frage bejaht und den Angeklagten, welcher einen Mitarbeiter durch Drohungen zum Eintritt in eine Gewerkschaftsorganisation zu bestimmen verpflichtet hatte, des bezeichneten Vergehens für schuldig befunden. — Wir haben i. Zt. die betr. Reichsgerichtsentscheidung bereits erwähnt und dabei bemerkt, daß durch sie eine weitere Einschränkung des Koalitionsrechts herbeigeführt werde. Wenn jetzt die amtliche „Berliner Korrespondenz“ nachträglich die Entscheidung nochmals in Erinnerung bringt, so kann das als Ankündigung dafür gelten, daß man jetzt in der Richtung, die das Reichsgericht gewiesen hat, allgemein scharf vorgehen will.

**Der „Süddeutsche Postillon“ auf der Anklagebank.** Wie seinerzeit berichtet, verurtheilte das Schöffengericht in München den Genossen Maximus Ernst wegen Beleidigung des Bergverwalters Treptow in Zwickau, die in einem in Nr. 22 des „Südd. Postillon“ enthaltenen humoristischen Heftletzen gefunden wurde, zu der außergewöhnlich hohen Geldstrafe von 500 Mark oder 50 Tagen Gefängnis. Gegen dieses Urtheil legte Ernst Berufung zum Landgericht ein, das dieser Tage die Strafe in Rücksicht darauf, daß Ernst seit dem Jahre 1875 nicht mehr wegen Beleidigung bestraft sei, auf 300 Mark event. 30 Tage Gefängnis herabsetzte.

**Genosse Eduard Bernstein hat in Solingen einen Vortrag über Kommunalpolitik mit folgenden bemerkenswerthen Sätzen eingeleitet:** „In der bürgerlichen Presse hat man meine Anwesenheit als eine Konzeption an die bisher von der offiziellen Parteiorganisation abgesplitterte (Solinger) Richtung hinstellen wollen. Das ist nicht richtig. Ich betrachte es vielmehr für mich als eine Gunst, bei Ihrer Wiedervereinigung anwesend und vor Ihnen sprechen zu können. Ich will bei dieser Gelegenheit auch noch einen anderen Punkt kurz berühren, der vielfach mit meiner Person in Zusammenhang gebracht wird. Ich gehöre zu denen, die angeblich eine Spaltung in der sozialdemokratischen Partei herbeiführen wollen oder deren Auftreten in seinen Wirkungen doch zu einer Spaltung treiben soll. Ich möchte dazu sagen, daß ich niemals, selbst während der Zeit nicht, als die Wogen der theoretischen Auseinandersetzungen hoch stiegen, einen Augenblick in Zweifel gewesen bin, daß von einer Spaltung der Partei niemals die Rede sein könnte. Und als mir jemand, der es besonders gut mit mir meinte, während jener Zeit schrieb, ich möchte doch bei der Partei bleiben und keine Spaltung der Partei herbeiführen, da habe ich geantwortet, daß ich nicht daran dachte, aus der Partei auszutreten, und wenn die Partei nicht auslösche — was sie nicht thun würde — nach wie vor bei ihr bleiben würde. Ich sei der Überzeugung, daß kein Einzelner in der Partei und möge er der Populärste sein, möge er einen zehn- ja hundertfachen so großen Einfluß in ihr besitzen als ich, im Stande wäre, einen Keil in die Partei zu treiben. Wir deutschen Sozialdemokraten wissen die Eingieit und Geschlossenheit so hoch zu schätzen, daß eine Spaltung der Partei gar nicht möglich ist. Wir üben weitgehendste Toleranz in der Disziplin, aber im Handeln strenge Disziplin. So lange dieser Grundsatz in der Partei gilt, wird keine Macht der Erde im Stande sein, sie zu spalten.“

**„Der sozialdemokratische Bürgermeister in Glasgow.“** Man schreibt der „Leipz. Volksztg.“ aus London: Die „Frauf. Ztg.“ übertrug die Welt mit der Nachricht, Glasgow hätte einen Sozialdemokraten zum Bürgermeister bekommen. Die Nachricht ist absolut falsch. Der Lord Provost (Bürgermeister) wird nicht vom Volke, sondern vom Stadtrat gewählt. Dieser mußte also vorher in seiner Mehrheit sozialdemokratisch sein. Wahr ist mir, daß in einem der Bezirke Glasgows zwei Stadtratskandidaten sich gegenüber standen: A. Scott Gibson, ein konservativer Sozialreformer, der sich Sozialist nennt, und S. Chisholm, der bisher das Amt des Bürgermeisters bekleidete. Gibson siegte mit 4093 gegen 2981 Stimmen und wird als Mitglied in den Stadtrat einziehen. Gibson ist in der sozialistischen Bewegung unbekannt. Ob er vom Stadtrat zum Bürgermeister gewählt wird, bleibt noch abzuwarten. Sowohl die Vertreter der Sozialdemokratischen Föderation, wie der Unabhängigen Arbeiterpartei erklären mir, daß Gibson den Beweis seiner sozialdemokratischen Gesinnung erst zu erbringen habe.

### Was Man und Fern.

**Drei verschiedene Urtheile in einer Angelegenheit.** Kürzlich wurde der Redakteur unseres hannoverschen

Parteiblattes, Genosse Thielhorn, vom Landgericht Hannover zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil er die frappierende Begründung des Staatsanwalts in der bekannten „Groben Unfug“-Sache (Belanntgabe der Sperre eines Hauptplatzes) im „Volkswillen“ veröffentlicht hatte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte 200 Mk. beantragt. § 17 des Preßgesetzes verbietet nämlich die Veröffentlichung der Anklageschrift oder anderer amtlicher Schriftstücke eines Strafprozesses, bevor dieselben in öffentlicher Verhandlung bekannt gegeben sind. Wegen des gleichen Verbrechens hatte sich nun vor derselben Strafkammer auch der Redakteur Kiefer vom „Hannoverschen Zeitungsverlag“, dem Organ des Vereins deutscher Zeitungsverleger, zu verantworten. Gegen Kiefer beantragte der Staatsanwalt nur 50 Mk. und das Urtheil lautete auf nur 20 Mk. Geldstrafe. Die „Frankfurter Zeitung“, die dasselbe „Aktensstück“ veröffentlicht hatte, ist ganz freigesprochen! Beachtenswerth erscheint, daß in der Verhandlung gegen Kiefer nach der politischen Tendenz des „Zeitungsverlags“ nachgesehen wurde, daß das Blatt keiner politischen Parteilichkeit diene. Danach muß man annehmen, daß bei dem höheren Urtheil gegen den „Volkswillen“ dessen politische Tendenz ausschlaggebend gewesen ist.

**Noch einmal Trafehnen.** Um Trafehnen Verhältnisse handelte es sich bei einer Anklage wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten Hegel zu Gumbinnen, die den früheren verantwortlichen Redakteur der „Staatsbürgerztg.“, Otto Böckler, vor die zweite Strafkammer des Berliner Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Diph führte. Die „Staatsb.-Ztg.“ veröffentlichte in ihrer Nummer vom 5. Mai v. Jz. eine Zuschrift aus Trafehnen, die Folgendes mittheilte: Ein dort als Ortsarmer sich aufhaltender Sohn einer Invaliden-Witwe Demant habe eine Anzeige wegen Beuntrennungen eines Gefeitsbeamten erstattet, sei aber darob von einem Stutenmeister im Auftrage des Herrn von Dettingen stark gerüffelt worden und habe dann mit seiner Mutter eine üble Behandlung erfahren. Ein in Berlin wohnender Bruder des Demant habe darauf über diese Behandlung eine Immediateingabe an den Kaiser gerichtet, diese sei dem Regierungspräsidenten Hegel zu Gumbinnen zur Prüfung überwiesen worden. Die darauf ertheilte Antwort habe sich nun zwar nicht auf diese Beschwerde bezogen, sondern auf eine Eingabe, die die Witwe Demant in Sachen der Invalidenpension an den deutschen Kaiser gerichtet habe. In dem Artikel hieß es, daß eine Prüfung der Beschwerde des Demant durch Vernehmungen gar nicht stattgefunden habe; vielleicht habe der Regierungspräsident den von Demant angeschuldigten Landfallmeister von Dettingen angehört, mit dem er gesellschaftlich verkehre. Dieser Passus hat den Regierungspräsidenten Hegel zur Stellung des Strafantrages veranlaßt. Das Gericht erkannte in seinem Urtheil, daß die mitgetheilten Thatfachen vollauf stimmen, verurtheilte Böckler aber trotzdem zu 100 Mk. Geldstrafe!

**Zu 200 Mk. Geldstrafe** wurde der Redakteur des „Dienbacher Abendblattes“, Genosse R. Wiehle, verurtheilt. Die „Starkenburger Provinzzeitung“ hatte den Parteigenossen Rau in Mühlheim, der für uns zum Landtag kandidirte, angerempelt und gesagt, sie biste 10 Mk., wenn Rau sie mit einem tadelloso geschriebenen Briefe überrasche, in dem er nicht mindestens 10 Schulbusenbände schreibe. Darauf hatte Wiehle in seinem Blatte geantwortet, daß Rau sehr wohl in der Lage wäre, sich das Geld zu verdienen, aber es wäre zweifelhaft, ob der dem Blatt nahestehende Landtags-Abgeordnete Horn es könnte. Dadurch schickte Herr Horn sich beleidigt und klagte, worauf die erwähnte Strafe gegen Wiehle verhängt wurde.

**Die erzwungene Heirath.** Aus Wien berichtet die „Neue Freie Presse“: Im Gerichtssaale ist am Dienstag vielleicht durch den Spruch des Strafrichters eine Ehe zu Stande gekommen. Der Buchhalter Matthias B. lernte Ottilie H. in ihrem vierzehnten Jahr bei ihrer Mutter kennen und jagte schon damals zu dieser: „Heben Sie mir Ihre Tochter auf, keine Andere wird meine Frau als sie.“ Dies wiederholte er später in verschiedenen Variationen. Auf einem Spaziergange, bei welchem er Mutter und Tochter traf, äußerte er zur Ersteren: „Aber Ihre Tochter wird hübsch; heben Sie mir sie auf, ich komme mir sie holen.“ Er hegte sie auch, aber in anderer Weise, als er es gesagt hatte. Jahrrelang machte er ihr den Hof, sprach immer von seinen ersten Absichten, und als er einmal auf der Straße neben ihr schritt, sagte er: „Fräulein, der neben Ihnen geht, ist Ihr Bräutigam.“ Heute ist

Ottilie H. eine Verführte; wohl hat der Liebhaber mit ihr nicht gebrochen, aber er machte sie auch nicht zu seiner Frau. Er schob die Ehe immer und immer wieder auf, bald aus diesen, bald aus jenen Gründen — bis das Mädchen endlich an den Ernst seiner Versprechungen nicht mehr glaubte und die Strafanzeige wegen Verführung unter der Fuzage der Ehe gegen ihn erstattete. Bei der Verhandlung, die hierüber vor dem Bezirksgerichte stattfand, sagte der Angeklagte, er habe wegen des Widerstandes seiner Familie nicht geheirathet; auch sei er in seinem Vertrauen zu Ottilie wankend geworden, weil sie einmal mit einem Mechaniker einen Ausflug auf die Rag gemacht habe. Das Mädchen erklärte vor Gericht, sie wolle nur die Wiederherstellung ihrer Ehre. Es gelangte ein leidenschaftlicher Brief des Buchhalters an seine Geliebte zur Verlesung. **Vertheidiger** (zum Angeklagten): „Wollen Sie das Mädchen noch jetzt heirathen?“ **Angekl.**: „So weit es auf mich ankommt, ja. Aber meine Familie ist sehr dagegen.“ **Richter**: „Sie sind 31 Jahre alt, da werden Sie wohl von Ihrer Familie unabhängig sein.“ Der Richter verurtheilte nun die Verhandlung für vierzehn Tage. Da der Angeklagte noch immer ernste Neigung für das Mädchen zu haben scheint, so solle ihm noch Gelegenheit gegeben werden, sie zu ehelichen. **Wis 25. November**, so sagt der Richter, „haben Sie Frist; an diesem Tage müssen Sie mit dem Trauscheine herkommen, sonst haben Sie zu gewärtigen, daß Sie verurtheilt und eingesperrt werden.“ Der Vertheidiger bittet um eine längere Frist. **Richter**: „Diese kann nicht ertheilt werden; er hat vier Jahre lang immer nur Fristen verlangt und sie verstreichen lassen.“

**Ein Vorgang von erschütternder Tragik**, nämlich ein Mord aus Mutterliebe, hat sich am Montag in dem kleinen Pariser Vororte Bois-de-Colombes abgespielt. Dort wohnte in einem kleinen bescheidenen Gartenhäuschen die Witwe Hausenwein, die sich als Modistin in Petersburg ein kleines Vermögen erspart hatte, mit ihrer Tochter Olga, die verheirathet gewesen, aber geschieden worden war, als sich bei ihr Zeichen geistiger Störung geltend machten. Frau Hausenwein brachte für ihre arme Tochter die schwersten Opfer und ihr kleines Vermögen ging dabei zur Neige. Die alte 70 jährige Dame wurde immer düsterer und verschlossener, während Olga in ihrem harmlosen Wahnsinn ruhig und friedlich ihr zur Seite lebte und die Hausarbeiten verrichtete. Schon mehrmals hatte Frau Hausenwein die Absicht Nachbarn gegenüber bekundet, mit ihrem unglücklichen Kinde zusammen freiwillig aus dem Leben zu scheiden, damit die arme Wahnsinnige nicht schutz- und mittellos allein zurückbliebe, und am Montag hat sie ihre Absicht ausgeführt. Gegen halb 12 Uhr Vormittags ging Olga aus ihrem Zimmer nach der Küche, um einen Eimer Wasser zu holen. Die Greisin schlich ihr nach, in der einen Hand einen Revolver, in der anderen einen scharfgeschliffenen Dolch haltend. Als Olga sich bückte, um Wasser zu schöpfen, feuerte ihre Mutter, die die Augen geschlossen hatte, schnell hinter einander sechs Schüsse auf sie. Vier Kugeln trafen die arme Wahnsinnige, eine in die rechte Hand, eine in die Herzgegend und zwei in die Lunge. Mit dem herzerreißenden Schreie: „Mutter, meine geliebte Mutter, was hast Du gethan?“ brach die Unglückliche zusammen, hatte aber doch noch die Kraft, sich wieder zu erheben und die Treppe hinabzusteigen, im Vorgarten sank sie dann nieder. Die Greisin lief ihr nach und ein Kampf, der jeder Beschreibung spottet, entspann sich zwischen der vom Blutverluste erschöpften Tochter und der schwachen Greisin. Die Alte, der Olga den Revolver zu entreißen vermocht hatte, kniete nieder, faßte ihre Tochter bei der Gurgel und tauchte ihr den Dolch in den Unterleib. Aus der 20 Zentimeter breiten Wunde drangen die Eingeweide hervor. „Du wirst, Du mußt sterben,“ heulte die Greisin und stieß mit dem Dolche immer weiter auf ihre Tochter los, bis diese endlich todt war. Die Frau erhob sich nun und richtete den Dolch gegen ihre Brust. Im selben Augenblick aber drangen Nachbarn in den Garten und entrißen ihr die Waffe trotz ihres herzerreißenden Jammerse, sie gewähren zu lassen, um ihrem geliebten Kinde ins Jenseits zu folgen. Als man sie fortzuschleppte, rief sie aus: „Wir werden uns bald wiederfinden, meine süße Tochter! Auf Wiedersehen!“ Auf der Gendarmerie erklärte sie fest und klar, ihre Tochter getödtet zu haben, um sie nicht allein im Leben zu lassen, da sie sich selbst dem Tode nahe fühle. Trotz dieser bestimmten Aussagen, die keinen Zweifel darüber belassen können, daß die Greisin mit vollem Bewußtsein gehandelt hat, ist eine Untersuchung ihres Geisteszustandes angeordnet worden.

Sie habe kein Vertrauen in die Staatsjustiz eines jungen Mannes, der ungeschickt oder feige genug war, sich jungen zu lassen.“

Unter den Molly-Magaires giebt es gar keinen Verräther!“ postierte D'ona, der unter allen Anwesenden vom Besuche der Richterzeitig so wieder am weitesten entfernt war.

Aber Lawler schüttelte nur den Kopf. „Man soll Anwärter jungen nicht mit Unternehmungen betonen, die man sie selbst ausführen, einen ganzen Mann erfordern.“ sagte er. „Im Gefängnis ist jeder mancher würde gewordenes, der sich vorher für einen Helden gehalten hatte. So ein junger Kerl aber hängt jäh am Leben als an einer Leine. Wer weiß, ob er sich nicht zum Staatszungen anbieten wird, wenn er sieht, daß er nur noch auf diese Zeit dem Tode entgehen kann!“

In diesem Augenblicke öffnete sich die Thür, und beinahe alle jahren von ihren Sitzen auf, als sie des Eintretenden ansichtig wurden.

„Ja! D'ona! — Willkommen, alter Junge!“ — „Hallo es ist er!“

Der Hager aber war, wie es schien, gar kein Freund von demartigen herzlichem Begrüßungen. Er schob nachlässig einige der dazugehörigen Stühle zurück, ging zum Schenktisch, um ein Glas Whisky zu bestellen.

Oben wollte er es zum Rauche führen, als Daisy seine Hand auf seiner Arm legte und mit vor Erregung fast heiserer Stimme fragte: „Sie kommen allein? Wo ist denn Dougherty?“

„Dougherty? Ich glaupte ihn schon hier zu treffen. Der eine Stunde habe ich mich in Lopez Taverna von ihm getrennt. Und wenn er noch nicht da ist, wird er jeden Falls bald kommen.“

Ein tiefer Aehmungsgang — dann setzte Daisy an ihren Platz zurück. Desho lebhafter und angenehmer aber drangen nun die anderen mit ihren Fragen auf D'ona ein.

„Zum Haken, glaubt Ihr, daß ich ein Duzend Jaugen habe?“ rief er ihnen ärgerlich zu. „Wartet, bis Dougherty da ist! Der versteht sich besser auf's Erzählen als ich.“

Eine solche Schulprobe zu bestehen aber hatten die aufs äußerste gespannten Männer keine Lust. Und so entlockte sie dem Wortwagen durch ihre Fragen, die er wohl oder übel beantwortet mußte, doch nach und nach die Geschichte von Campbells abenteuerlicher Befreiung.

„Dougherty und ich, wir brachten ihn auf Umwegen nach Duffys Taverna, um die Verfolger irre zu führen, die uns ein paar mal verdammte nahe gekommen waren, weil Dougherty seiner Wunde wegen nicht so rasch vorwärts konnte“, erzählte er. „Da hielten wir ihn bis heute Nachmittag beseitigt, und jetzt sieht er oben bei Lopez.“

„Sie sprachen von einer Verwundung Doughertys“, möchte ich jetzt zum erstenmal Daisy wieder ein. „Er ist also doch nicht unverfehrt zurückgekommen? Und Kerrigan? — Warum haben Sie seiner bis jetzt noch mit keinem Wort erwähnt?“

„Weil ein Hund von einem Verräther nicht verdient, daß ein christlicher Mann auch nur seinen Namen nennt. Es thut mir leid um Sie, Daisy; denn ich weiß, daß Sie sich an den Duffys gehängt hatten. Aber darum müssen Sie's doch erzählen, daß er von den Bürgern in Shenandoah, welche Campbells hängen wollten, mit Knütteln todt geschlagen worden ist wie ein toller Hund.“

Als die des Schreckens und der Bestürzung wurden von allen Seiten laut, und eugert drängten die Molly-Magaires sich um den Erzähler zusammen.

Aber als sich der erste Tumult gelegt hatte, sagte Daisy mit klarer, kalter Stimme: „Wenn er todt ist, sollten Sie sich doppelt hüten, sein Andenken zu beschimpfen, D'ona! Kerrigan mag ein Trinker und Kaufbold gewesen sein, meinerwegen auch ein Mörder wie Sie selbst und mancher andere hier im Zimmer — ein Verräther aber war er nicht.“

Alle sahen sie erstaunt an; D'ona aber ließ ein kurzes, ingrinniges Lachen vernehmen. „So muß ich weder Ohren noch Augen gehabt haben, als ich zu sehen meinte, daß er seinen Revolver abschob. Merkwürdig nur, daß Dougherty nachher wirklich ein Stück Fleisch aus der linken Schulter fehlte. Laßt Euch die Wunde von ihm zeigen, wenn Ihr an meinen Worten zweifelt! Kerrigan feuerte auf ihn, als er über dem Polizisten auf dem Boden lag.“

„So wird seine Kugel dem Polizisten gekollert haben,“ wandte Monaghan ein.

D'ona aber schüttelte den Kopf. „Er hatte sein Wort gegeben, daß er überhaupt nicht schießen würde. Denn die Sache mußte in aller Stille abgemacht werden, wenn wir nicht gleich die ganze Meute hinter uns haben wollten. Gerade darum aber muß es diesem Schurken zu thun gewesen sein. Und wie kein anderer als er Wolfe gewarnt haben kann, so daß wir unsern Plan dreimal vereitelt haben und dreimal von unserm Vorhaben absehen mußten, so war er auch gestern Abend nur mit uns gegangen, weil er Campbells Befreiung hinterreiben wollte. Er war ein Verräther, so wahr ich lebe. Und er hat den Lohn empfangen, den er verdiente.“

(Fortsetzung folgt.)